Anlage II

Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim

Bilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

	31.12.2013 €	31.12.2012 €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10.192,00	23.952,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	178,00	278,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	121.155,69	162.050,09
	131.525,69	**186.280,09**
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen an den Kreis Bergstraße	1.187.646,46	896.967,47
2. sonstige Vermögensgegenstände	4.936.610,44	4.522.428,15
	6.124.256,90	5.419.395,62
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	148.086,28	176.156,01
	6.272.343,18	**5.595.551,63**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**4.472.722,21**	**4.384.015,53**
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	**785.454,21**	**955.506,90**
	11.662.045,29	**11.121.354,15**

Anlage II

PASSIVA

		31.12.2013 €	31.12.2012 €
A.	**Eigenkapital**		
	I. Stammkapital	50.000,00	50.000,00
	II. Verlustvortrag	-1.005.506,90	0,00
	III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	170.052,69	-1.005.506,90
	IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	785.454,21	955.506,90
		0,00	**0,00**
B.	**Rückstellungen**		
	Sonstige Rückstellungen	**329.932,53**	**472.682,53**
C.	**Verbindlichkeiten**		
	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 51.264,89 (Vorjahr € 56.220,57)	54.325,10	51.264,89
	2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund	3.473.679,75	3.440.525,39
	3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis	3.458.111,15	2.526.327,45
	4. sonstige Verbindlichkeiten	237.495,08	305.186,77
		7.223.611,08	**6.323.304,50**
D.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**4.108.501,68**	**4.325.367,12**
		11.662.045,29	**11.121.354,15**

Anlage II

Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013		2012
	€	€	€
1. Transfererlöse		83.673.936,49	82.584.967,80
2. sonstige betriebliche Erträge		11.106.044,97	10.499.784,04
3. Transferaufwendungen		-83.673.936,49	-82.584.967,80
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-6.036.773,09		-6.040.945,35
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 521.817,24 (Vorjahr € 517.163,41)	-1.744.906,29	-7.781.679,38	-1.732.129,82
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		-69.736,57	-105.577,59
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-3.086.020,21	-2.892.120,43
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.064,88	3.157,52
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		171.673,69	-267.831,63
9. sonstige Steuern		-1.621,00	-1.599,00
10. außerordentliche Aufwendungen/außerordentliches Ergebnis		0,00	-736.076,27
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		170.052,69	-1.005.506,90

Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße

Heppenheim

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2013

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Aufgaben

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Wahrnehmung und Durchführung der Aufgaben des Kreises Bergstraße nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Der Kreis Bergstraße war laut der Verordnung zur Zulassung von kommunalen Trägern als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende vom 24.09.2004 (BGBl I, S. 2349) eine von 69 optierenden Kommunen in Deutschland, welche sich bis zum 31.12.2010 befristet vor Ort und zeitnah um die Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen kümmert. Seit dem 01.01.2011 nimmt der Kreis Bergstraße diese Aufgabe unbefristet wahr. Voraussetzung dafür war eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zur Entfristung der Zulassung sowie die Anerkennung der Verpflichtungen nach § 6 Abs. 2 S.1 Nr. 4 SGB II (Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land Hessen) und § 6 Abs. 2 S.1 Nr. 5 SGB II (Erhebung und Übermittlung von Daten) durch den Kreis Bergstraße gegenüber dem Land Hessen. Mit Wirkung ab dem 01.01.2012 haben weitere 41 Kommunen die Zulassung als kommunaler Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhalten.

Zu den Aufgaben gehören laut Satzung des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße – Kommunales Jobcenter - gemäß § 1 Abs. 2:

- Entscheidungen über Anträge des gesetzlich geregelten Personenkreises
- Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne Berufsausbildung und sonstiger schwer vermittelbarer Arbeitsloser
- Qualifizierende Beschäftigung für den o. g. Personenkreis
- Wirkungsforschung

Im Jahr 2013 wurden 2.686 Neuanträge gestellt, von denen 764 abgelehnt werden mussten.

Nach dem Grundsatz „fördern und fordern" konnten im Rahmen der Beratung, Qualifizierung und Vermittlung 1.216 Personen durch Neue Wege wieder in den ersten Arbeitsmarkt sowie 618 Personen in einen 400,- € Job vermittelt werden. Weitere 2.644 Personen erhielten Förderinstrumente zur weiteren Qualifikation und Verbesserung der Vermittlungschancen. Zusätzlich nahmen 1.371 Personen an unserem internen und externen Sofortangebot Einstiegsoffensive teil.

2. Finanzierung

Der Kreis ist hinsichtlich der Finanzierung der Aufwendungen nach § 46 SGB II der Bundesagentur für Arbeit gleichgestellt. Nach § 6b Abs. 2 Satz 1 SGB II trägt der Bund die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende einschließlich der Verwaltungskosten mit Ausnahme der Aufwendungen für Aufgaben nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2. Die vom Bund zu tragenden Aufwendungen sind insbesondere:

- Sachkosten für Personal einschließlich der Kosten für die Ausstattung von Arbeitsplätzen
- Kosten für TK- und IT-Infrastruktur
- Kosten für bauliche Maßnahmen, Mieten, Schulungs- und Beratungskosten sowie Informationsmaßnahmen
- Grundsicherung für Arbeitssuchende
- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit

Der Kreis trägt gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II die Kosten, die im Zusammenhang mit der ganzheitlichen Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in das Erwerbsleben erforderlich sind. Das sind im Einzelnen:

- Kosten für die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen
- Schuldnerberatung
- Psychosoziale Betreuung
- Suchtberatung
- Leistungen für Mehrbedarf, u. a. für werdende Mütter, Alleinerziehende und Behinderte
- Kosten für Unterkunft und Heizung
- Leistungen für die Erstausstattung für Wohnungen einschließlich Haushaltsgeräten
- Leistungen für Erstattungen für Bekleidung
- Leistungen für Bildung und Teilhabe

3. Entwicklung

Zu Beginn des Jahres 2013 wurden 6.742 Bedarfsgemeinschaften, was 12.928 Personen entspricht, vom Kommunalen Jobcenter betreut.

Zum Ende des Jahres 2013 betrug die Zahl der Bedarfsgemeinschaften 6.609 (12.561 Personen). Im Mai 2014 beträgt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften 7.081 (12.670 Personen). Bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 2014 wird mit einer in etwa gleichbleibender Anzahl an Bedarfsgemeinschaften gerechnet.

Seit April 2011 ist das Kommunale Jobcenter zusätzlich mit der Umsetzung des Bildungspaketes der Bundesregierung betraut. Neue Wege übernimmt rechtskreisübergreifend für den Kreis Bergstraße die Organisation und Auszahlung der vielfältigen Leistungen des Bildungspaketes für bedürftige Kinder aus Geringverdienerfamilien. In 2013 wurden rund € 1 Mio. für Leistungen des Bildungspaketes (z. B. Klassenfahrten, Lernförderung, Mittagsverpflegung) ausgezahlt.

4. Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurden keine größeren Investitionen vorgenommen. Es wurden Mittel zur Büroausstattung und für geringwertige Wirtschaftsgüter verwendet. Das Investitionsvolumen betrug T€ 15.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurden die Aufgaben mit 156,42 Vollzeitäquivalenten bewältigt. Für einen Vollzeitbeschäftigten hat das Vollzeitäquivalent (VZÄ) einen Wert von eins. Die 156,42 VZÄ teilen sich wie folgt auf:

	2013	2012
Betriebsleitung	2,00 VZÄ	2,00 VZÄ
Regionalteamleitung	4,00 VZÄ	4,00 VZÄ
Teamleitung	9,00 VZÄ	9,00 VZÄ
Förderinstrumente, Recht und allgemeine Verwaltung	23,26 VZÄ	25,36 VZÄ
Fallmanagement (inkl. 50Plus und Bürokräfte)	94,56 VZÄ	92,58 VZÄ
BuT	5,58 VZÄ	4,38 VZÄ
Servicepoint	7,50 VZÄ	8,50 VZÄ
Arbeitgeber-Service	6,41 VZÄ	6,91 VZÄ
Außendienst	3,77 VZÄ	3,77 VZÄ

Die Mitarbeiter sind teils beim Kommunalen Jobcenter angestellt, teils vom Kreis Bergstraße oder anderen Landkreisen und Städten abgeordnet.

Die Personalkosten für die 156,42 VZÄ setzen sich wie folgt zusammen:

	2013 €	2012 €
Gehälter und Besoldungen	6.036.773,09	6.040.945,35
soziale Abgaben	1.223.089,05	1.214.966,41
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	521.817,24	517.163,41
weiterberechnete Personalkosten	834.385,27	744.703,69
	8.616.064,65	8.517.778,86

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2013 T€ 11.662 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 541 erhöht.

Die Aktiva enthalten im Wesentlichen Forderungen aus Rückerstattungen und Darlehen an Maßnahmeteilnehmer, denen in gleicher Höhe Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund und dem Kreis gegenüberstehen. Die Forderungen haben sich gegenüber dem Vorjahr vor allem aufgrund höherer Mietkautionen und Darlehen erhöht, Wertberichtigungen wurden in Höhe von T€ 3.203 vorgenommen. In den Rechnungsabgrenzungsposten sind Transferleistungen abgegrenzt, die das Jahr 2014 betreffen.

Zum 31. Dezember 2013 weist der Eigenbetrieb ein negatives Eigenkapital in Höhe von T€ - 785.454,21 aus. Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

Stammkapital (in voller Höhe einbezahlt)	50.000,00 €
Verlustvortrag	-1.005.506,90€
Jahresergebnis	+ 170.052,69€
	-785.454,21€

Die im Wirtschaftsjahr 2013 gebildeten sonstigen Rückstellungen betreffen:

	Stand 01.01.2013	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2013
Nachzahlungsrisiken gegenüber dem Bund aus Maßnahmen	142.000,00	0,00	142.000,00	0,00	00,00
Urlaubsverpflichtungen	23.600,00	0,00	0,00	4.150,00	27.750,00
Überstundenverpflichtungen	255.000,00	6.000,00	0,00	0,00	249.000,00
Prozessrisiken	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	29.082,53	0,00	0,00	0,00	29.082,53
Jahresabschlusserstellung und -prüfung	13.000,00	11.900,00	0,00	13.000,00	14.100,00
	472.682,53	**17.900,00**	**142.000,00**	**17.150,00**	**329.932,53**

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund liegen mit T€ 3.474 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres, hier sind vor allem Verbindlichkeiten aus noch nicht gezahlten Rückforderungen von Maßnahmeteilnehmern sowie übrige Erstattungen enthalten.

Ende Dezember wurden dem Eigenbetrieb T€ 4.109 vom Bund und Kreis als Vorschuss für die Transferleistungen des Monats Januar 2014 zur Verfügung gestellt. Diese wurden passiv abgegrenzt.

2. Finanzlage

Der Eigenbetrieb erhält finanzielle Mittel zur Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben vom Bund und vom Landkreis. Die Mittel werden bedarfsgerecht abgerufen. Hierzu werden regelmäßig die monatlichen Zahlungsverpflichtungen geplant, auf deren Basis die Zahlungsmittel angefordert werden.

Zum Wirtschaftsjahresende verfügte der Eigenbetrieb über liquide Mittel in Höhe von T€ 148.

3. Ertragslage

Zur Deckung der Sachkosten zahlt der Bund eine Pauschale. Entsprechend kann es zu Kostenüber- oder -unterdeckungen kommen, so dass beim Eigenbetrieb ein Jahresüberschuss bzw. ein Jahresfehlbetrag auszuweisen ist. Im Jahr 2013 haben diese Erträge, im Gegensatz zum Vorjahr, ausgereicht, um die beim Eigenbetrieb angefallenen Kosten zu decken.

Den Transfererträgen in Höhe von T€ 83.674 und sonstigen Erträgen in Höhe von T€ 11.106 standen insbesondere Transferaufwendungen in Höhe von T€ 83.674, Personalkosten in Höhe von T€ 7.782 und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von T€ 3.086 gegenüber.

Die Transfererlöse und -aufwendungen sind gegenüber 2013, vor allem bedingt durch die Regelsatzerhöhung, um T€ 1.089 gestiegen.

Die größten Posten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bildeten die weiterberechneten Personalkosten für abgeordnete Mitarbeiter der Landkreise bzw. Kommunen mit T€ 834 und die Raumkosten mit T€ 830.

Die im Vorjahr getroffene Prognose eines Ergebnisses auf gleichem Niveau konnte der Eigenbetrieb Neue Wege im Jahr 2013 mit einem Jahresüberschuss von T€ 170 übertreffen.

C. Voraussichtliche Entwicklung des Kommunalen Jobcenters

Im Jahr 2014 werden die Transferaufwendungen gegenüber 2013 voraussichtlich leicht steigen. Die Kosten der Unterkunft werden aufgrund der Anpassung der Mietobergrenzen nicht das Niveau von 2013 halten können. Aufgrund der derzeitigen Nachfragesituation am Arbeitsmarkt und der Qualität der verfügbaren Bewerber ist von einer Seitwärtsbewegung bei der Zahl der Bedarfsgemeinschaften auszugehen.

Zielrichtung wird es weiterhin sein, den großen Bestand an Langzeitbeziehern mit komplexen Problemlagen abzubauen. Dafür werden das Integrationsprojekt mit gesundheitsförderndem Schwerpunkt „eoPlus" ausgebaut und zwei Servicepoints Gesundheit eingerichtet.

Das Förderinstrumentarium ist damit entsprechend der Bestandsstruktur sehr gut aufgestellt.

Der Personalbestand wird sich auf Höhe des Vorjahresniveaus bewegen, wobei die Herausforderung sein wird, längere Vakanzen aufgrund von Elternzeit, Krankheitszeiten und Fluktuation aufzufangen. Darüber hinaus wird die Einarbeitung und Schulung neuer Kollegen Kapazitäten binden, so dass die Aktivierung der Langzeitbezieher für die Förderinstrumente – also das Fallmanagement – zu Gunsten der Leistungsgewährung vernachlässigt werden könnte.

Auch wird die Neubesetzung mehrerer Führungspositionen Eingewöhnungs- und Einarbeitungszeit erfordern, so dass Organisations- und Prozessoptimierung verstärkt in 2015 verfolgt werden sollten.

Insgesamt wird für die Jahre 2014 und 2015 mit leicht steigenden Werten gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2013 gerechnet.

Konkret rechnen wir für das Wirtschaftsjahr 2014 mit Regelleistungen in Höhe von T€ 46.000 und Kosten der Unterkunft in Höhe von T€ 31.700.

D. Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Eigenbetrieb Neue Wege ist als Sondervermögen in die restriktiven Auflagen für den Kreishaushalt 2014 einbezogen. Insbesondere erwartet das Regierungspräsidium erneut eine restriktive Stellenbewirtschaftung sowie den Verzicht auf die Schaffung und Besetzung neuer Stellen. Die oben beschriebene Stellenproblematik, kann die Zielerreichung (gesetzlich, mit dem Land Hessen und innerbetrieblich) gefährden zu Mehrbelastung der Mitarbeiter führen und den Personalentwicklungsprozess stark beeinträchtigen.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes ist durch die Tätigkeit als Eigenbetrieb des Kreises Bergstraße sichergestellt. Insofern sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Heppenheim, 17. Oktober 2014

Dipl.- Betriebsw. (FH) Stefan Rechmann
Erster Betriebsleiter

Harald Weiß
Stellvertretender Betriebsleiter

F. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße, Heppenheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 und des Lageberichts für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B unter "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Mannheim, den 29. Oktober 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Fischer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Peter Pütz
Wirtschaftsprüfer

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
FRANKFURT AM MAIN
Zweigniederlassung Mannheim